

Informationen zur Schulreform in Hamburg

Der bessere Weg für unsere Schulen.

„Schulfrieden“ in Hamburg – SPD, CDU und GAL haben sich auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigt. Die Struktur aus Primarschule und den weiterführenden Schulen Gymnasium und Stadtteilschule wird für 10 Jahre garantiert.

Damit hat Hamburg – nach jahrzehntelangem Streit über die Schulstruktur und zum Teil sehr ideologisch motivierten Debatten – jetzt eine Chance auf einen Schulfrieden. Die SPD hatte in Verhandlungen mit CDU und GAL entscheidende Nachbesserungen an der bislang hoch umstrittenen Schulreform durchgesetzt. Die Hürden für einen parteiübergreifenden Kurs in der Schulpolitik wurden so aus dem Weg geräumt. Die Vereinbarung zur künftigen Schulstruktur ist ein großer Erfolg im Interesse von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern.

Die SPD hat die letztes Jahr vom schwarz-grünen Senat im Alleingang durchgesetzten schulpolitischen Verände-

rungen kritisiert und viele Schwachstellen aufgezeigt. Die jetzt erwirkten Verbesserungen verändern die Schulreform erheblich. Es wurde eine deutliche Qualitätsverbesserung durchgesetzt. Schon seit längerem hatte die Hamburger SPD dem Senat Verhandlungen über die Schulpolitik angeboten mit dem erklärten Willen, eine Einigung für die nächsten 10 Jahre zu erreichen, und zwar gleichgültig, wer die Regierung stellt. Die Schulen brauchen endlich Ruhe. Bis vor kurzem wurde dieses Angebot von CDU und GAL zurückgewiesen. Diese Haltung hatte sich der Senat nach dem großen Erfolg des Volksbegehrens und den gescheiterten Verhandlungen mit der Initiative „Wir wollen lernen“ nicht mehr leisten können. Im Juli wird es nun einen Volksentscheid gegen die Einführung der Primarschule in Hamburg geben. Die SPD wirbt angesichts der von den Sozialdemokraten durchgesetzten Verbesserungen für die Primarschule.



LIEBE HAMBURGERINNEN UND HAMBURGER,

nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Schulreform zwischen dem CDU/GAL-Senat und der Initiative „Wir wollen lernen“ hat die SPD Gespräche mit den Regierungsparteien aufgenommen und weitreichende Vereinbarungen über die künftige Schulstruktur in Hamburg getroffen.

Nachdem sich bereits zu Beginn der Verhandlungen eine Einigung bei der Beibehaltung des Elternwahlrechts abzeichnete, konnte am Ende auch eine deutliche Verkleinerung der Klassen durchgesetzt wer-

den. Die rechtlich verbindliche Klassenobergrenze in den Primarschulen soll bei 23, in sozial benachteiligten Gebieten bei 19 Schülern liegen. Erstmals gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf kleine Klassen. Schon wegen der vielen zusätzlichen Lehrerstellen können Eltern ihre Kinder auf die Primarschulen schicken, ohne die Sorge haben zu müssen, dass sie schlechtere Bildungschancen haben als im bisherigen Schulsystem. Vor allem in den Stadtteilen, wo es für Kinder sehr schwer ist, einen erfolgreichen Bildungsweg zu gehen, müssen die Schulen besonders gut ausgestattet sein. Es müssen dort wahre Bildungspaläste entstehen, die den Mittelpunkt nicht nur des schulischen, sondern auch des sozialen und kulturellen Lebens darstellen.

Wir haben erreicht, dass das Elternwahlrecht in der bisherigen Form erhalten bleibt. Und die Stadtteilschulen werden vollwertige Schulen, die tatsächlich allen Schülerinnen und Schülern eine Chance eröffnen, die Schule mit einer guten Bildung und dem Abitur zu verlassen. Das Büchergeld – das wir immer bekämpft haben – wird wieder abgeschafft. Nach einer Woche engagierter Verhandlungen war klar: Die überarbeitete Schulreform ist so gut, dass wir sie den Hamburgerinnen und Hamburgern mit gutem Gewissen empfehlen können. Die jetzt beschlossenen Nachbesserungen an der ursprünglichen Reform – das wird auch in der CDU so gesehen

– sind in erheblichem Maße durch die SPD durchgesetzt worden. In der Bürgerschaftssitzung vom 3. März 2010 ist das Hamburgische Schulgesetz mit unseren Verbesserungsvorschlägen geändert worden.

Die Initiative „Wir wollen lernen“ hat einen Volksentscheid beantragt, um die Einführung der sechsjährigen Primarschule aufzuhalten. Die Hamburger SPD wird sich mit sachlichen Argumenten an der Diskussion beteiligen und für die veränderte und verbesserte Hamburger Schulreform werben. Dies werden wir mit der gebotenen Ernsthaftigkeit tun – engagiert, aber ohne Polemik. Nur so können wir erreichen, dass die mit den Senatparteien getroffenen Vereinbarungen auch die Zustimmung in der Bevölkerung finden. Klar ist jedoch auch: Ganz gleich wie der Volksentscheid ausgeht – das Ergebnis wird von uns respektiert.

Wir gestalten die Weiterentwicklung der Schullandschaft in Hamburg mit. Eine hohe Qualität der schulischen Bildung und gute Chancen für alle Kinder liegen uns dabei besonders am Herzen.

Ihr


Olaf Scholz
 Landesvorsitzender der SPD Hamburg

DAS ELTERNWAHLRECHT BLEIBT ERHALTEN

Das Elternwahlrecht, das bisher nach der vierten Klasse gilt, wird für die Primarschule in gleicher Form nach der sechsten Klasse eingeführt. Am Ende der siebten Klasse entscheidet die Zeugniskonferenz über den Verbleib. Die Entscheidung erfolgt ohne Unterschied zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Gymnasialempfehlung.

Damit entscheiden Hamburgs Eltern auch künftig darüber, welche weiterführende Schulform ihre Kinder besuchen können. Das ist richtig so, denn wir wissen, dass die Empfehlungen der Schulen über die weitere Schullaufbahn oftmals sozial ungerecht und fehlerhaft sind. Daher wäre es falsch, diese Entscheidung allein den Schulen zu überlassen. Wir wollen ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis von Schule und Eltern.



GUTER UNTERRICHT – GUTE SCHULEN

Die Schulreform wird ständig überprüft

In allen dritten und in allen sechsten Klassen der Primarschule werden dauerhaft extern begleitete Lernstandserhebungen durchgeführt. Die Ergebnisberichte werden jeweils zur fortlaufenden

Evaluation der Schulreform der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit zeitnah vorgelegt. Es wird ein Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zur Begleitung der Umsetzung der Hamburger Schulreform eingerichtet.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Hamburg

V.i.S.d.P.: Karin Timmermann

Redaktion: Jörg Schmoll

Anschrift: Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg

Layout: n.darwitz@lang-dv.de

KLEINE KLASSEN IN DER PRIMARSCHULE

Rechtsanspruch auf kleine Klassen – in Deutschland einmalig

Erstmals gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf kleine Klassen. Schon wegen der vielen zusätzlichen Lehrerstellen können Eltern ihre Kinder auf die Primarschulen schicken, ohne die Sorge haben zu müssen, dass sie schlechtere Bildungschancen haben als im bisherigen Schulsystem.

Die Klassenobergrenze für die Primarschule (Klasse 1 bis 6) wird auf 23 Schülerinnen und Schüler festgesetzt. In Stadtteilen mit vielen sozialen Herausforderungen, wo es oft schwierig ist, eine erfolgreiche Schullaufbahn zu absolvieren, liegt die Klassenobergrenze bei 19 Schülern. Das sind vor allem die Stadtteile Wilhelmsburg, Billstedt/Horn, Lurup/Osdorf, St. Pauli, Altona (Kerngebiet), Harburg (Kerngebiet), Dulsberg, sowie Wohnquartiere wie Mümmelmannsberg, Steilshoop und Neuallermöhe.

Die Klassenobergrenze wurde im Schulgesetz so verankert, dass auf sie ein in Deutschland einmaliger, durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht. Die Schulen werden angemessen ausgestattet und verfügen über gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie ausreichende Räume vor Ort.

Mehr Zeit – für gründliche Planung und Vorbereitung

Die Primarschule wird in drei Schritten eingeführt, wodurch sichergestellt ist, dass die Reform nicht überstürzt durchgesetzt wird. Die Primarschule wird in Hamburg bis zum Schuljahr 2012/13 verbindlich eingeführt werden. Die Gremien der Schulen können bis dann festlegen, wann ihre Schule eine Primarschule wird. So können die Schulen entscheiden, erst 2012 mit einer fünften Klasse zu beginnen. Die Eltern klären bis dahin, ob ihre Kinder nach dem Ende der vierten Klasse in die



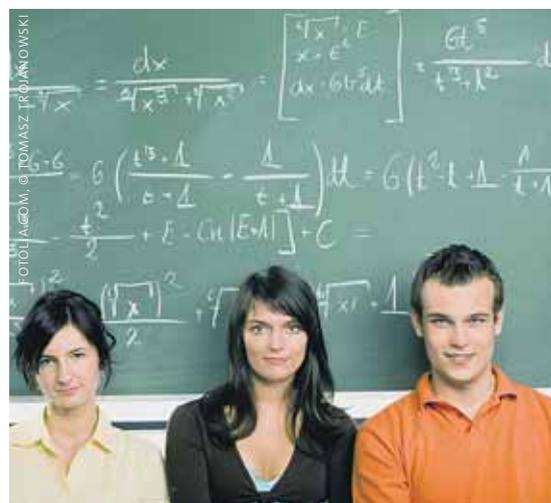
fünfte Klasse einer weiterführenden Schule wechseln. Damit wird die Planungszeit für die Einführung der Primarschule um ein Jahr gestreckt. So bekommen die Schulen mehr Zeit – Zeit, die nötig ist, um die Reform sorgfältig und Erfolg versprechend vorzubereiten.

Sicherung der Unterrichtsqualität

Es wird für die Primarschulen eine ausreichende Versorgung mit Klassen- und Fachräumen sichergestellt. Jede Lehrkraft muss sich für die Arbeit in der Primarschule fortgebildet haben, bevor die

fünftens Klassen starten. In den Klassen 5 und 6 muss sichergestellt sein, dass die Hälfte des Unterrichts in den Fächern, Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften von Lehrern mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II erteilt wird. Auch wird in sämtlichen Primarschulen bis Ende des Schuljahres 2011/2012 eine Schulinspektion durchgeführt. Bei Schulen mit zwei Standorten sollen Schüler von der ersten bis zur sechsten Klasse an einem Standort bleiben, wenn bisher keine einvernehmliche Lösung gefunden wurde.

AN DER STADTTEILSCHULE KANN MAN ABITUR MACHEN



Jede Stadtteilschule erhält eine eigene Oberstufe

Diese Oberstufe kann auch einzügig – bei wenigstens 25 Oberstufenschülern – am eigenen Schulstandort eingerichtet werden. Auf jeden Fall erhält jede Stadtteilschule eine elfte Klasse. Es wird durch eine Kooperation mit einer benachbarten Oberstufe ein ausreichendes Bildungsangebot sichergestellt. Alle Stadtteilschulen führen über eigene elfte Klassen in eigene Oberstufen. Keine Klasse an einer Stadtteilschule wird größer sein als 25 Schülerinnen und Schüler.

Damit ist gewährleistet, dass die Stadtteilschulen zu attraktiven Schulen werden, an denen alle schulischen Abschlüsse bis zum Abitur erreicht werden können und Kinder und Jugendliche gut gefördert werden.

ENTLASTUNG FÜR FAMILIEN



Das Büchergeld wird abgeschafft

Für Schulbücher mussten Eltern bislang bis zu 100 Euro pro Jahr und Schulkind zahlen. Der CDU-geführte Senat hatte nach dem Regierungswechsel 2001 das Büchergeld in Hamburg eingeführt. Die SPD, die das Büchergeld schon immer als ungerecht kritisiert hat, setzte in den Verhandlungen über die Schulreform durch, dass es zum Sommer 2010 wieder abgeschafft wird.

WIE FUNKTIONIERT DER VOLKSENTSCHEID?

Die SPD ist für die Schulreform.

Stimmen Sie mit NEIN !



Ein Volksentscheid ist erfolgreich, wenn mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten zugestimmt hat (ca. 240.000) und dies auch die Mehrheit der

abgegebenen Stimmen ist. In einem Informationsheft wird es die Stellungnahme der Initiative und eine der Bürgerschaft geben.

FOLGENDER ZEITLICHER ABLAUF IST VORGESEHEN:

Spätestens am 5. Mai 2010 wird die Hamburgische Bürgerschaft mit allen vertretenen Fraktionen ihre Stellungnahme für die Schulreform abgeben.

25. Mai 2010
Versand der Briefwahl-Unterlagen an die 1,2 Mio Wahlberechtigten

7. Juni 2010
Die Sechs-Wochen-Frist für die Briefwahl beginnt. In dieser Zeit darf abgestimmt werden. Die ausgefüllten Stimmzettel dürfen auch in den Bezirksämtern abgegeben werden.

8. Juli 2010
Beginn der Sommerferien

18. JULI 2010 VOLKSENTSCHEID

WAS NOCH ZU TUN IST

Unabhängig von den aktuellen Reformen bleibt viel zu tun. Eine bessere Kinderbetreuung wird von vielen Eltern eingefordert. Hamburg braucht mehr Ganztagschulen. Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern (Inklusion) ist ein drängender Auftrag der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen. Die berufliche Bildung muss verbessert und der Übergang von der Schule in den Beruf vernünftiger organisiert werden. Immer noch verlassen jedes Jahr viel zu viele Jugendliche die Schulen, die als „nicht ausbildungsfähig“ gelten und somit keine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben.

Gleichzeitig gibt es in der Bildungspolitik weiterhin große Herausforderungen: Die Verbesserung der Unterrichts-



qualität, der Aufbau der Stadtteilschulen, zusätzliche Fördermaßnahmen für so genannte Risikoschüler, bessere frühkindliche Bildung, die Folgen des so genannten doppelten Abiturjahrgangs, die ungeklärte Zukunft des Gastschulabkommens mit Schleswig-Holstein, die Hortbetreuung an Primarschulen, der Schattenhaushalt beim Schulbau. Schulpolitik bleibt also spannend.

VIELE VORTEILE:

Die von der SPD durchgesetzten Verbesserungen auf einen Blick

DEUTLICH KLEINERE KLASSEN: FÜR BESSEREN UNTERRICHT

Die Klassen 1 bis 6 dürfen höchstens 23 Schülerinnen und Schüler haben. In sozial benachteiligten Gebieten soll die Klassenstärke noch geringer sein. Dort sollen sogar nur 19 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse unterrichtet werden. Die Eltern erhalten einen Rechtsanspruch, dass die jeweils geltende Klassen-Obergrenze auch eingehalten wird.

MEHR ZEIT: FÜR GRÜNDLICHE PLANUNG UND VORBEREITUNG BEI DER EINFÜHRUNG DER PRIMARSCHULE

Die Primarschule wird in Hamburg bis zum Schuljahr 2012/13 verbindlich eingeführt. Damit wird die Planungszeit für die Einführung der Primarschule um ein Jahr gestreckt. Dadurch bekommen die Verantwortlichen mehr Zeit – Zeit, die nötig ist, um die Reform sorgfältig und Erfolg versprechend vorzubereiten. Die Gremien der Schulen können bis dann entscheiden, wann ihre Schule eine Primarschule wird. Die Eltern entscheiden bis dahin, ob ihre Kinder nach dem Ende der vierten Klasse in die fünfte Klasse einer weiterführenden Schule wechseln.

ENTLASTUNGEN FÜR FAMILIEN: DAS BÜCHERGELD WIRD ABGESCHAFFT

Für die Schulbücher mussten Eltern bislang bis zu 100 Euro pro Jahr und Schulkind zahlen. Dieses Büchergeld wird zum Sommer 2010 abgeschafft.

ELTERN ENTSCHEIDEN: DAS ELTERNWAHLRECHT BLEIBT ERHALTEN

Eltern haben auch künftig das Recht, über die Schulform zu entscheiden, die ihre Kinder nach dem Ende der Primarschule besuchen sollen.

MEHR QUALITÄT: DIE PRIMARSCHULE WIRD EINE GUTE SCHULE

Es wird für die Primarschulen eine ausreichende Versorgung mit Klassen- und Fachräumen sichergestellt. Jede Lehrkraft muss sich für die Arbeit in der Primarschule fortgebildet haben, bevor die fünften Klassen starten. In den Klassen 5 und 6 muss sichergestellt sein, dass die Hälfte des Unterrichts in den Fächern, Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften von Lehrern mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II erteilt wird. Auch wird in sämtlichen Primarschulen bis Ende des Schuljahres 2011/2012 eine Schulinspektion durchgeführt.

ABITUR AN JEDER STADTTEILSCHULE

Alle Stadtteilschulen führen über eigene elfte Klassen in eigene Oberstufen. Bei wenigstens 25 Oberstufenschülern kann diese Oberstufe sogar am eigenen Standort eingerichtet werden.